

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur zwölften Auflage .....	V
Vorwort zur ersten Auflage .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Hinweise zur Zitierung von Literatur und Judikatur .....	XLI

## Einleitung

I. Rechtswissenschaft und Recht .....	1
II. Recht und Verfahrensrecht .....	1
III. Das Verfahrensrecht im positiven Recht .....	2
IV. Die Bedeutung der Unterscheidung des Verfahrensrechts von anderen Rechtsbereichen .....	3
V. Das österreichische Verwaltungsverfahren und das Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	4

## Erster Teil: Grundlagen

<b>Erstes Kapitel: Die Entwicklung des Verwaltungsverfahrens in Österreich</b> .....	7
<b>Zweites Kapitel: Die Rechtsgrundlagen des Verwaltungsverfahrens und des Verfahrensrechts der Verwaltungsgerichtsbarkeit</b> .....	11
I. Unionsrechtliche Anforderungen an das Verwaltungsverfahren und das Verfahren der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	12
II. Die kompetenzrechtlichen Grundlagen .....	15
A. Allgemeines .....	15
B. Das Verwaltungsverfahren .....	15
C. Das Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	18
III. Die einfachgesetzlichen Grundlagen .....	21
A. Verwaltungsverfahren .....	21
Exkurs: Sonstige Verwaltungsverfahren .....	22
B. Das Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	23
IV. Durchführungsverordnungen zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen und dem Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	24
A. Zum AVG .....	24
B. Zum VStG .....	24
C. Zum VVG .....	25
Exkurs: Sonstige Verordnungen .....	25
D. Zum VwGVG .....	25
E. Zum VwGG .....	25
Exkurs: Sonstige Verordnungen zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren .....	26

IX

<b>Drittes Kapitel: Literatur und Judikatur zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen und dem Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichtsbarkeit</b> . . . . .	26
1. Kommentare und kommentierte Gesetzesausgaben . . . . .	26
2. Systematische Darstellungen . . . . .	27
3. Entscheidungssammlungen . . . . .	27
4. Zeitschriften . . . . .	28
5. Datenabfrage im Internet . . . . .	28

<b>Viertes Kapitel: Der Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze</b> . . . . .	29
I. Allgemeines . . . . .	29
II. Die vom Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze ausgenommenen Angelegenheiten . . . . .	30

## Zweiter Teil: Das allgemeine Verwaltungsverfahren

<b>Erstes Kapitel: Die Zuständigkeit der Behörden</b> . . . . .	33
I. Allgemeines . . . . .	33
II. Arten der Zuständigkeit . . . . .	37
A. Die sachliche Zuständigkeit . . . . .	37
B. Die örtliche Zuständigkeit . . . . .	38
C. Die funktionelle Zuständigkeit . . . . .	41
III. Die Zuständigkeitskonkurrenz . . . . .	41
IV. Der Zuständigkeitskonflikt . . . . .	43

<b>Zweites Kapitel: Die interne Willensbildung</b> . . . . .	45
I. Allgemeines . . . . .	45
II. Die Befangenheit von Verwaltungsorganen . . . . .	46

<b>Drittes Kapitel: Parteien und Beteiligte</b> . . . . .	50
I. Allgemeines . . . . .	51
II. Kriterien der Parteistellung . . . . .	52
III. Die Beteiligten eines Verwaltungsverfahrens . . . . .	58
IV. Die prozessuale Rechts- und Handlungsfähigkeit . . . . .	59

<b>Viertes Kapitel: Die Vertretung</b> . . . . .	62
I. Allgemeines . . . . .	63
II. Der gewillkürte Prozessbevollmächtigte . . . . .	65
III. Bestellung von Obsorgeberechtigten, gesetzlichen Erwachsenenvertretern und Kuratoren . . . . .	69

<b>Fünftes Kapitel: Verkehr zwischen den Behörden und Beteiligten</b> . . . . .	70
I. Anbringen der Beteiligten . . . . .	70
A. Allgemeines . . . . .	70
B. Der Gegenstand eines Anbringens . . . . .	72
C. Form und Zeit für Anbringen . . . . .	73
D. Identifikation des Einschreiters und Nachweis der Echtheit, insb bei elektronischen Anbringen . . . . .	77
1. Zweifel an Identität und Echtheit (§ 13 Abs 4 AVG) . . . . .	77
2. Spezielle Anforderungen an Identifikation und Authentifizierung im elektronischen Verkehr . . . . .	78
E. Mängel schriftlicher Anbringen . . . . .	80
F. Änderung des verfahrenseinleitenden Antrags . . . . .	82
G. Rechtsbelehrung . . . . .	83

II. Die Niederschrift .....	85
A. Allgemeines .....	85
B. Form und Inhalt von Niederschriften .....	85
C. Rechtswirkungen der Niederschrift .....	87
III. Der Aktenvermerk .....	88
IV. Die Akteneinsicht .....	89
A. Allgemeines .....	89
B. Der Kreis der Berechtigten .....	91
C. Sachliche Einschränkungen des Rechts auf Akteneinsicht .....	92
V. Sonderbestimmungen für Blinde und hochgradig sehbehinderte Beteiligte ..	93
VI. Die Ladung .....	94
A. Allgemeines .....	94
B. Die Form der Ladung .....	95
C. Der Inhalt der Ladung .....	96
D. Rechtswirkungen der Ladung .....	97
VII. Die Erledigung .....	99
A. Allgemeines .....	100
1. Grundlagen .....	100
2. Genehmigungsberechtigung .....	101
B. Die schriftliche Ausfertigung von Erledigungen und ihre Form .....	103
1. Allgemeines .....	103
2. Bezeichnung der Behörde, Datum und Name .....	103
3. Spezielle Fragen zum „Genehmigenden“ gem § 18 Abs 4 AVG .....	104
4. Die Fertigung .....	105
a) Allgemeines .....	105
b) Unterschrift .....	105
c) Elektronische Fertigung .....	105
d) Fertigung durch Beglaubigung .....	106
C. Die Fehlerhaftigkeit von Erledigungen .....	106
<b>Sechstes Kapitel: Die Zustellung .....</b>	<b>106</b>
I. Allgemeines .....	107
II. Der Anwendungsbereich des ZustG .....	109
A. Allgemeines: Aufbau des ZustG; physische und elektronische Zustellung	109
B. Zustellung ausländischer Dokumente im Inland .....	111
C. Zustellung österreichischer Dokumente im Ausland bzw an völker-	
rechtlich privilegierte Personen .....	111
III. Die Organe der Zustellung .....	113
IV. Empfänger und Zustellungsbevollmächtigte .....	114
V. Mängel der Zustellung und deren Heilung .....	117
VI. Zustelladresse .....	118
A. Allgemeines .....	118
B. Die Abgabestellen bei der physischen Zustellung .....	119
C. Die Änderung der Abgabestelle während des Verfahrens .....	121
D. Elektronische Zustelladresse .....	123
VII. Zeit der Zustellung .....	124
VIII. Die physische Zustellung .....	125
A. Durchführung der physischen Zustellung .....	125
B. Formen der physischen Zustellung .....	126
1. Vorbemerkung .....	126
2. Zustellung ohne Zustellnachweis .....	127

3.	Zustellung mit Zustellnachweis	127
a)	Normale Zustellung; Ersatzzustellung	127
b)	Zustellung zu eigenen Händen	131
c)	Annahmeverweigerung	131
d)	Zustellung durch Hinterlegung gem § 17 ZustG	132
4.	Zustellung durch Hinterlegung ohne Zustellversuch (§ 23 ZustG)	137
5.	Zustellung durch unmittelbare Ausfolgung	137
6.	Zustellung am Ort des Antreffens	138
7.	Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung	138
IX.	Elektronische Zustellung	139
A.	Allgemeines	139
B.	Teilnehmerverzeichnis	140
1.	Einrichtung und Funktion	140
2.	Abfrage des Teilnehmerverzeichnisses vor einer elektronischen Zustellung oder Zusendung	142
C.	Das Anzeigemodul	143
D.	Formen der elektronischen Zustellung	143
1.	Zustellung durch einen elektronischen Zustelldienst mit Zustellnachweis	143
a)	Die elektronischen Zustelldienste	143
b)	Ablauf der Zustellung mit Zustellnachweis bzw der nachweislichen Zusendung durch einen Zustelldienst	144
2.	Zustellung durch ein Zustellsystem ohne Zustellnachweis	147
3.	Zustellung durch die Behörde an einer elektronischen Adresse oder über ihr elektronisches Kommunikationssystem	148
4.	Unmittelbare elektronische Ausfolgung	149
5.	Elektronischer Rechtsverkehr	150
6.	IKT-Lösungen und IT-Verfahren für das Personalmanagement	150
	<b>Siebentes Kapitel: Fristen</b>	151
I.	Allgemeines	151
II.	Die Berechnung der Fristen	153
A.	Allgemeines	153
B.	Beginn des Fristenlaufs	153
C.	Ende des Fristenlaufs	154
III.	Die Wahrung einer prozessualen Frist	155
	<b>Achstes Kapitel: Die Disziplarmittel im Verwaltungsverfahren</b>	157
I.	Allgemeines	157
II.	Die Sitzungspolizei	158
III.	Die Mutwillensstrafe	162
	<b>Neuntes Kapitel: Das Verwaltungsverfahren</b>	163
I.	Allgemeines	163
II.	Die Einleitung des Verfahrens	164
III.	Zweck und Gang des Ermittlungsverfahrens	167
A.	Der Zweck des Ermittlungsverfahrens	168
1.	Allgemeines	168
2.	Grundsatz der materiellen Wahrheit	168
3.	Grundsatz des Parteiengehörs	169

B.	Der Gang des Ermittlungsverfahrens	171
1.	Allgemeines	171
2.	Die mündliche Verhandlung	174
a)	Allgemeines	174
b)	Ort der mündlichen Verhandlung und Verhandlung unter Verwendung technischer Einrichtungen zur Wort- und Bildübertragung („audiovisuelle Verhandlung“)	176
c)	Anberaumung der mündlichen Verhandlung	178
d)	Die Präklusionswirkung der mündlichen Verhandlung	181
e)	Folgen der Säumnis des Antragstellers	188
f)	Durchführung einer mündlichen Verhandlung	189
g)	Protokoll über die mündliche Verhandlung	191
3.	Sonderbestimmungen für Großverfahren	192
a)	Allgemeines	192
b)	Begriff des Großverfahrens	192
c)	Die Kundmachung durch Edikt und ihre verfahrensrechtlichen Konsequenzen	193
d)	Die Durchführung einer öffentlichen Erörterung	195
e)	Die Anberaumung einer mündlichen Verhandlung	196
f)	Zustellung durch Edikt	197
4.	Die Aussetzung (Unterbrechung) des Ermittlungsverfahrens	197
a)	Die Aussetzung (Unterbrechung) wegen Vorfragen	197
b)	Die Quasi-Unterbrechung wegen Einholung von Vorabentscheidungen	202
5.	Schluss des Ermittlungsverfahrens	204
6.	Der Entfall des Ermittlungsverfahrens	206
IV.	Das Beweisverfahren	206
A.	Allgemeines	207
1.	Der Grundsatz der Offizialmaxime	210
2.	Der Grundsatz der materiellen Wahrheit	213
3.	Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	214
4.	Der Grundsatz der Unbeschränktheit der Beweismittel	216
5.	Mittelbarkeit des Verfahrens	218
6.	Recht auf Gehör	219
B.	Die Beweismittel	221
1.	Der Urkundenbeweis	221
a)	Begriffe	221
b)	Öffentliche Urkunden	222
aa)	Begriff	222
bb)	Echtheit	224
cc)	Beweiskraft	224
c)	Privaturkunden	225
2.	Der Zeugenbeweis	225
3.	Die Beteiligtenvernehmung	229
4.	Der Sachverständigenbeweis	230
5.	Der Augenschein	236
	<b>Zehntes Kapitel: Die Erledigung des Verfahrens – Der Bescheid</b>	<b>238</b>
I.	Arten der Erledigung	240
II.	Der Begriff des Bescheids	241
A.	Der Bescheid als Begriff der Gesamtrechtsordnung	241

B. Die Rechtsform „Bescheid“ .....	245
C. Bescheid und unmittelbarer Befehls- und Zwangsakt .....	246
D. Bescheid und Verfahrensordnung .....	247
III. Der Inhalt des Bescheids .....	249
A. Allgemeines .....	249
B. Materielle rechtliche und verfahrensrechtliche Bescheide .....	249
C. Leistungsbescheide, Rechtsgestaltungsbescheide, Feststellungsbescheide .....	250
1. Einteilungsunterschiede .....	250
2. Leistungsbescheide .....	250
3. Rechtsgestaltungsbescheide .....	251
4. Feststellungsbescheide .....	252
IV. Merkmale des Bescheids .....	253
A. Ausdrückliche Bezeichnung als „Bescheid“ .....	253
B. Bezeichnung der Behörde .....	254
C. Datum .....	255
D. Adressat .....	255
E. Spruch .....	256
F. Begründung .....	262
G. Rechtsmittelbelehrung .....	264
H. Unterschrift, Nachweis der Identität, Fertigung .....	266
V. Die Erlassung von Bescheiden .....	266
VI. Die Fehlerhaftigkeit von Bescheiden .....	271
Exkurs: Die Berichtigung von Bescheiden .....	275
VII. Rechtswirkungen des Bescheids .....	278
A. „Gegebenheit“ des Bescheids als Voraussetzung des Eintritts von Rechtswirkungen .....	278
B. Die Unanfechtbarkeit des Bescheids („formelle Rechtskraft“) .....	279
1. Begriff .....	279
2. Normierung der Unanfechtbarkeit im AVG .....	280
3. Beginn und Ende der Unanfechtbarkeit .....	281
4. Subjektivität und Partialität der Unanfechtbarkeit .....	282
C. Die Unwiderrufbarkeit des Bescheids .....	282
1. Begriff der Unwiderrufbarkeit .....	282
2. Normierung der Unwiderrufbarkeit im AVG; ihr Beginn und Ende ..	283
D. Die Unwiederholbarkeit des Bescheids .....	283
1. Begriff der Unwiederholbarkeit .....	283
2. Normierung der Unwiederholbarkeit im AVG; ihr Beginn und Ende ..	284
E. Die Verbindlichkeit des Bescheids .....	285
1. Begriff der Verbindlichkeit .....	285
2. Normierung der Verbindlichkeit; ihr Beginn und Ende .....	286
F. Die Vollstreckbarkeit des Bescheids .....	287
1. Begriff der Vollstreckbarkeit .....	287
2. Normierung der Vollstreckbarkeit im AVG; ihr Beginn und Ende ....	287
G. Die Tatbestandswirkung des Bescheids .....	288
1. Begriff der Tatbestandswirkung .....	288
2. Normierung der Tatbestandswirkung .....	289
3. Die so genannte „Gestaltungswirkung“ .....	289
H. Grenzen der Bescheidwirkungen .....	290
1. Objektive Grenzen .....	291
2. Subjektive Grenzen .....	293

<b>Elftes Kapitel: Die Verfahrenskosten</b> .....	296
I. Allgemeines .....	296
II. Kosten der Beteiligten .....	297
III. Kosten der Behörde (des Rechtsträgers) .....	298
A. Allgemeines .....	298
B. Barauslagen .....	299
C. Kommissionsgebühren .....	303
D. Verwaltungsabgaben .....	304
E. Stempel- und Rechtsgebühren .....	307
F. Besondere Fälle des Kostenersatzes .....	308
<b>Zwölftes Kapitel: Der Rechtsschutz innerhalb der Verwaltung</b> .....	308
I. Allgemeines .....	308
II. Die Berufung im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde .....	312
A. Allgemeines .....	313
B. Der Bescheid als Anfechtungsgegenstand der Berufung .....	315
C. Der Instanzenzug im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde .....	315
D. Die Einbringung der Berufung .....	317
1. Der Berufungswerber .....	317
2. Die Berufungsfrist .....	318
3. Die Einbringungsbehörde .....	320
4. Inhalt und Form der Berufung .....	320
5. Der Berufungsverzicht (die Berufungsrücknahme) .....	324
6. Die Wirkung der Berufung auf den angefochtenen Bescheid .....	324
E. Das Berufungsverfahren, die Berufungsvorentscheidung und die Berufungsentscheidung .....	325
1. Die Mitteilung der Berufung .....	325
2. Die Berufungsvorentscheidung .....	326
3. Die Zurückweisung der Berufung .....	328
4. Die Sachentscheidung der Berufungsbehörde .....	329
5. Die Behebung des angefochtenen Bescheids und die Zurückverweisung der Angelegenheit .....	335
6. Ersatzlose Behebung des angefochtenen Bescheids .....	336
7. Die Form der Berufungsentscheidung .....	337
III. Die Wiederaufnahme des Verfahrens und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Gemeindebehörden .....	338
IV. Der Rechtsschutz gegen die Säumnis einer erstinstanzlichen Gemeinde- behörde – Der Devolutionsantrag .....	338
A. Allgemeines .....	338
B. Die Wirkung des Devolutionsantrags und das weitere Verfahren .....	340
V. Die Vorstellung gegen den Mandatsbescheid .....	342
A. Allgemeines .....	342
B. Das Mandat als Anfechtungsgegenstand der Vorstellung .....	342
C. Die Zulässigkeit der Vorstellung und die zur Entscheidung berufene Behörde .....	344
D. Die Einbringung der Vorstellung .....	344
E. Das Verfahren und die Entscheidung über die Vorstellung .....	346
VI. Die Wiederaufnahme des Verfahrens .....	348
A. Allgemeines .....	349
B. Voraussetzung der Wiederaufnahme .....	349

C.	Die Wiederaufnahmegründe	351
1.	Der Wiederaufnahmegrund der strafbaren Handlung oder Bescheid- erschleichung	352
2.	Der Wiederaufnahmegrund der Neuerungen	354
3.	Der Wiederaufnahmegrund der abweichenden Vorfragenentscheidung	357
4.	Der Wiederaufnahmegrund der entschiedenen Sache	359
D.	Die Wiederaufnahme auf Antrag	360
1.	Das Antragsrecht	360
2.	Die Antragsfrist	360
3.	Einbringungsbehörde; Form und Inhalt des Antrags; Wirkung des Antrags	362
4.	Die Entscheidung über den Wiederaufnahmeantrag	362
E.	Die Wiederaufnahme von Amts wegen	365
F.	Die Wirkung der Wiederaufnahme	366
G.	Die Entscheidung im wieder aufgenommenen Verfahren	367
VII.	Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	367
A.	Allgemeines	368
B.	Die Wiedereinsetzungsfälle	368
C.	Die Wiedereinsetzungsgründe	370
D.	Wiedereinsetzungsantrag; Wiedereinsetzungsverfahren und Entscheidung über den Wiedereinsetzungsantrag	375
1.	Der Wiedereinsetzungsantrag	375
2.	Die zuständige Behörde	377
3.	Die Wirkung des Wiedereinsetzungsantrags	377
4.	Die Entscheidung über den Wiedereinsetzungsantrag	378
5.	Die Wirkung der Wiedereinsetzung	379
VIII.	Abänderung und Behebung rechtskräftiger Bescheide von Amts wegen	380
A.	Allgemeines	381
B.	Der rechtskräftige Bescheid als Gegenstand der Abänderung oder Behebung	384
C.	Fälle der Abänderung und Behebung	386
1.	Abänderung und Behebung bloß belastender Bescheide	387
2.	Abänderung und Behebung von Bescheiden in Wahrung des öffentlichen Wohles	389
3.	Nichtigerklärung von Bescheiden	390
D.	Befugnisse zur Zurücknahme oder Einschränkung einer Berechtigung	394
E.	Durchbrechung der Rechtskraft aus Gründen des Unionsrechts	395
<b>Dreizehntes Kapitel: Der Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten</b>		
<b>erster Instanz</b>		399
I.	Die verfassungsrechtlichen Grundlagen	400
A.	Einleitung	400
B.	Beschwerdegegenstände der Verwaltungsgerichte	402
II.	Die Organisation der Verwaltungsgerichte	406
A.	Die Besetzung (Willensbildung) der Verwaltungsgerichte	407
B.	Der Rechtspfleger (Art 135 a B-VG) in der Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz	412
C.	Mitwirkung fachkundiger Laienrichter	415
D.	Befangenheit	416

III.	Die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	418
A.	Die sachliche Zuständigkeit	419
B.	Die örtliche Zuständigkeit	422
C.	Rechtshilfe	424
IV.	Die Beschwerde gegen Bescheide von Verwaltungsbehörden wegen Rechtswidrigkeit (Art 130 Abs 1 Z 1 B-VG)	426
A.	Der Bescheid als Beschwerdegegenstand	427
B.	Die Berechtigung zur Erhebung der Bescheidbeschwerde (Beschwerdelegitimation)	429
1.	Allgemeines	429
2.	Parteibeschwerde (Art 132 Abs 1 Z 1 B-VG)	430
3.	Amtsbeschwerde des zuständigen Bundesministers (Art 132 Abs 1 Z 2 B-VG)	437
4.	Durch Bundes- oder Landesgesetz eingeräumte Amtsbeschwerde (Art 132 Abs 4 B-VG)	438
5.	Das Beschwerderecht der Gemeinde (Art 119 a Abs 9 B-VG)	440
C.	Die Erhebung (Einbringung) der Bescheidbeschwerde	441
1.	Die Beschwerdefrist	442
2.	Die Einbringung bei der belangten Behörde	445
3.	Inhalt und Form der Beschwerde	449
a)	Inhalt	449
b)	Form	459
4.	Der Beschwerdeverzicht (die Beschwerderücknahme)	461
D.	Die Verfahrenshilfe (§ 8 a VwGVG)	464
1.	Allgemeines	464
2.	Antrag auf Verfahrenshilfe	465
3.	Voraussetzungen der Bewilligung der Verfahrenshilfe	466
4.	Umfang der Verfahrenshilfe	469
5.	Wirkung auf die Beschwerdefrist und sonstige Fristen	470
V.	Das Vorverfahren bei der Bescheidbeschwerde durch die belangte Behörde: Die Beschwerdevoentscheidung	471
A.	Allgemeines	472
B.	Die aufschiebende Wirkung der Beschwerde im Vorverfahren (§ 13 VwGVG)	474
1.	Voraussetzungen und Begriff der aufschiebenden Wirkung	474
2.	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch die belangte Behörde	477
3.	Beschwerde an das VwG gegen den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	480
C.	Die Mitteilung der Beschwerde	482
D.	Die Beschwerdevoentscheidung und der Vorlageantrag	484
1.	Die Beschwerdevoentscheidung durch die belangte Behörde	484
2.	Der Vorlageantrag	490
3.	Die Entscheidung des VwG über die Beschwerdevoentscheidung	493
VI.	Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht bei der Bescheidbeschwerde	495
A.	Allgemeines	498
B.	Parteien und deren Vertreter	500
C.	Aufschiebende Wirkung der Beschwerde und vorläufiger Rechtsschutz	503
D.	Der Verkehr zwischen Verwaltungsgerichten und den Parteien	506
1.	Singemäße Anwendung der Bestimmungen des AVG	506
2.	Schriftsätze (§ 20 VwGVG)	506

3. Akteneinsicht (§ 21 VwGVG) . . . . .	506
4. Ladungen (§ 23 VwGVG) . . . . .	509
E. Das Ermittlungsverfahren . . . . .	510
1. Allgemeines . . . . .	510
2. Die öffentliche mündliche Verhandlung (§§ 24, 25 VwGVG) . . . . .	511
a) Allgemeines . . . . .	511
b) Durchführung oder Entfall der öffentlichen mündlichen Verhandlung . . . . .	513
c) Leitung der Verhandlung und Beweisaufnahme . . . . .	521
d) Ausschluss der Öffentlichkeit . . . . .	523
e) Verhandlung unter Verwendung technischer Einrichtungen zur Wort- und Bildübertragung („audiovisuelle Verhandlung“) . . . . .	525
3. Das Beweisverfahren . . . . .	529
4. Die Anfechtung genereller Normen beim VfGH . . . . .	534
5. Die Anrufung des EuGH . . . . .	535
F. Die Entscheidungsbefugnis der Verwaltungsgerichte . . . . .	536
1. Allgemeines . . . . .	536
2. Die Zurückweisung der Beschwerde . . . . .	539
3. Die Entscheidung in der Sache und der Prüfungsumfang . . . . .	543
a) Die Sachentscheidung als „Regelfall“ . . . . .	543
b) Ausnahmen von der Pflicht zur Sachentscheidung . . . . .	544
c) Sachentscheidung und Prüfungsumfang . . . . .	547
d) Feststellung des Sachverhaltes und Rechtsanwendung durch das VwG . . . . .	552
4. Die Behebung des angefochtenen Bescheids und die Zurückverweisung der Angelegenheit . . . . .	558
5. Die ersatzlose Behebung des angefochtenen Bescheids . . . . .	563
G. Verkündung und Ausfertigung der Erkenntnisse (und Beschlüsse) . . . . .	566
1. Verkündung und Ausfertigung der Erkenntnisse . . . . .	566
2. Die gekürzte Ausfertigung der Erkenntnisse . . . . .	576
3. Die Ausfertigung der Beschlüsse . . . . .	578
4. Die Berichtigung von Erkenntnissen und Beschlüssen . . . . .	580
VII. Rechtswirkungen der Entscheidungen der Verwaltungsgerichte . . . . .	580
A. Grundsätzliche Überlegungen . . . . .	581
B. Die Unanfechtbarkeit der Entscheidung („formelle Rechtskraft“) . . . . .	582
1. Begriff und Normierung der Unanfechtbarkeit im VwGVG . . . . .	582
2. Beginn und Ende der Unanfechtbarkeit . . . . .	583
3. Subjektivität und Partialität der Unanfechtbarkeit . . . . .	584
C. Die Unwiderrufbarkeit der Entscheidung . . . . .	584
1. Begriff der Unwiderrufbarkeit . . . . .	584
2. Normierung der Unwiderrufbarkeit im AVG; ihr Beginn und Ende . . . . .	584
D. Die Unwiederholbarkeit der Entscheidung . . . . .	584
E. Die Verbindlichkeit der Entscheidung . . . . .	585
1. Begriff der Verbindlichkeit . . . . .	585
2. Normierung der Verbindlichkeit; ihr Beginn und Ende . . . . .	585
F. Die Vollstreckbarkeit der Entscheidung . . . . .	586
G. Die Tatbestandswirkung der Entscheidungen der Verwaltungsgerichte . . . . .	586
H. Grenzen der Rechtswirkungen . . . . .	587
I. Durchbrechung der Rechtskraft aus Gründen des Unionsrechts . . . . .	587

XVIII

VIII.	Die Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht	588
A.	Allgemeines	588
B.	Voraussetzungen der Wiederaufnahme	589
C.	Die Wiederaufnahmegründe	590
D.	Die Wiederaufnahme auf Antrag oder von Amts wegen	593
E.	Die Wirkung der Wiederaufnahme	597
F.	Die Entscheidung im wieder aufgenommenen Verfahren	597
IX.	Die Wiedereinsetzung des Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht	598
A.	Allgemeines	598
B.	Wiedereinsetzungsgründe	599
C.	Antrag auf Wiedereinsetzung	602
D.	Entscheidung über den Antrag auf Wiedereinsetzung	604
X.	Die Säumnisbeschwerde	605
A.	Allgemeines	606
B.	Beschwerdegegenstand	607
C.	Die Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden	610
D.	Beschwerdelegitimation	616
E.	Beschwerdeinhalt und Einbringungsbehörde	620
F.	Prüfungsmaßstab	621
G.	Vorverfahren zur Nachholung des Bescheids	622
H.	Entscheidungsbefugnis des Verwaltungsgerichts	623
Exkurs:	Vorstellung gegen Erkenntnisse und Beschlüsse des Rechtspflegers (§ 54 VwGVG)	628
XI.	Die Kosten des Beschwerdeverfahrens vor den Verwaltungsgerichten	631
Exkurs:	Das Verfahren der Verwaltungsgerichte über Beschwerden wegen Aus- übung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt	633
1.	Sachliche Zuständigkeit	634
2.	Örtliche Zuständigkeit	638
3.	Beschwerdelegitimation und Parteistellung	638
4.	Die Beschwerde	639
5.	Der Gang des Verfahrens	641
6.	Entscheidungsbefugnis des Verwaltungsgerichts	642
7.	Kosten	643
Exkurs:	Die Beschwerde wegen rechtswidrigen hoheitlichen „Verhaltens“ einer Verwaltungsbehörde („Verhaltensbeschwerde“ gem Art 130 Abs 2 Z 1 B-VG)	644

### Dritter Teil: Das Verwaltungsstrafgesetz

<b>Erstes Kapitel: Allgemeines</b>	647	
I.	Begriff des Verwaltungsstrafrechts und des Verwaltungsstrafverfahrens	647
II.	Entwicklung des Verwaltungsstrafrechts und des Verwaltungsstrafverfahrens	649
III.	Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Vorgaben und Grenzen des Verwaltungsstrafrechts und des Verwaltungsstrafverfahrens	650
IV.	Die Kompetenzrechtslage auf dem Gebiet des Verwaltungsstrafrechts und des Verwaltungsstrafverfahrens	658
V.	Bereiche des Verwaltungsstrafrechts	659
VI.	Die Quellen des Verwaltungsstrafrechts	660
VII.	Zeitlicher, räumlicher und personeller Geltungsbereich des Verwaltungs- strafrechts	660
A.	Allgemeines	661

B. Der zeitliche Geltungsbereich .....	661
C. Der räumliche Geltungsbereich .....	664
D. Der persönliche Geltungsbereich .....	665
<b>Zweites Kapitel: Die Verwaltungsübertretung .....</b>	<b>665</b>
I. Der Begriff der Verwaltungsübertretung .....	665
II. Das Tatbild .....	667
III. Die Schuld .....	671
A. Begriff der „Schuld“ .....	671
B. „Keine Verwaltungsstrafe ohne Verschulden“ .....	672
C. Zurechnungsfähigkeit .....	672
D. Schuldformen (Vorsatz und Fahrlässigkeit) .....	673
1. Vorsatz .....	674
2. Fahrlässigkeit .....	675
3. Vermutetes Verschulden .....	676
E. Schuldausschließungsgründe .....	678
1. Zurechnungsunfähigkeit .....	678
2. Irrtum .....	678
3. Notstand .....	680
IV. Die Rechtswidrigkeit .....	682
1. Notwehr .....	682
2. Ausübung einer Amtspflicht .....	683
3. Einwilligung des Verletzten .....	683
<b>Drittes Kapitel: Die Erscheinungsformen der Verwaltungsübertretung ...</b>	<b>683</b>
I. Die Haupttat und weitere Erscheinungsformen der Verwaltungsübertretung .....	683
II. Der Versuch .....	684
III. Die Anstiftung .....	686
IV. Die Beihilfe .....	687
<b>Viertes Kapitel: Die besondere verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit für Delikte juristischer Personen .....</b>	<b>688</b>
I. Die allgemeine verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit .....	688
II. Die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen .....	689
III. Die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit eines zur Vertretung nach außen Befugten und eines verantwortlichen Beauftragten .....	692
IV. Die Haftung der juristischen Person für Geldstrafen .....	701
<b>Fünftes Kapitel: Strafen .....</b>	<b>702</b>
I. Allgemeines .....	703
II. Freiheitsstrafen .....	704
III. Geldstrafen und Ersatzfreiheitsstrafen .....	705
IV. Verfall .....	707
Exkurs: Die Geld- und Freiheitsstrafe in den Verwaltungsvorschriften .....	709
V. Strafbemessung .....	710
A. Die Strafbemessung im Allgemeinen .....	710
B. Die Strafbemessung bei Strafverfügungen, Anonymverfügungen und Organstrafverfügungen .....	710
C. Die Strafbemessung im ordentlichen Verfahren .....	711
D. Die Anrechnung der Vorhaft .....	717
E. Die außerordentliche Milderung der Strafe .....	718
F. Die Strafbemessung beim Zusammentreffen strafbarer Handlungen (Deliktiskonkurrenz) .....	718

<b>Sechstes Kapitel: Das Verwaltungsstrafverfahren</b> .....	724
I. Allgemeines .....	724
II. Die Zuständigkeit .....	726
A. Allgemeines .....	726
B. Die sachliche Zuständigkeit .....	727
C. Die örtliche Zuständigkeit .....	728
1. Allgemeines .....	728
2. Die Zuständigkeitskonkurrenz .....	730
3. Die Zuständigkeit kraft Konnexität .....	730
4. Die Übertragung der Durchführung des Strafverfahrens .....	731
III. Die Parteien des Verwaltungsstrafverfahrens .....	732
IV. Die Sicherung des Strafverfahrens und des Strafvollzugs .....	733
A. Die Identitätsfeststellung .....	734
B. Die Festnahme .....	734
C. Die Sicherheitsleistung .....	737
D. Vorläufige Sicherheitsleistung .....	739
E. Die Beschlagnahme von Verfallsgegenständen .....	741
V. Der Ablauf des Verwaltungsstrafverfahrens .....	743
A. Die Einleitung des Strafverfahrens .....	743
1. Allgemeines .....	743
2. Das Verfahren bei Zusammentreffen strafbarer Handlungen .....	748
B. Die Verjährung .....	752
1. Die einzelnen Arten der Verjährung und die Dauer der Verjährungsfristen .....	752
a) Die Verfolgungsverjährung .....	752
b) Die Strafbarkeitsverjährung .....	753
c) Die Vollstreckungsverjährung .....	754
2. Beginn und Lauf der Verjährungsfristen .....	754
C. Das ordentliche Verwaltungsstrafverfahren (Ermittlungsverfahren) .....	756
1. Allgemeines .....	756
2. Die Vernehmung des Beschuldigten und die Durchführung der mündlichen Verhandlung .....	757
D. „Beraten statt Strafen“ .....	761
E. Die abgekürzten Verfahren .....	764
1. Allgemeines .....	765
2. Die Strafverfügung (das „Mandatsverfahren“) .....	765
3. Die Anonymverfügung .....	767
4. Die Organstrafverfügung .....	770
F. Das Verfahren in Privatanklagesachen .....	776
G. Die Privatbeteiligung im Verwaltungsstrafverfahren .....	776
VI. Die Erledigung des Verwaltungsstrafverfahrens – Das Straferkenntnis .....	778
A. Allgemeines .....	778
B. Die Einstellung des Verwaltungsstrafverfahrens .....	779
C. Das Straferkenntnis .....	784
VII. Der Rechtsschutz im Verwaltungsstrafverfahren .....	789
A. Allgemeines .....	790
B. Der Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten: Die Beschwerde gegen Straferkenntnisse .....	790
1. Allgemeines .....	790
2. Zuständigkeit .....	791

3.	Beschwerdelegitimation und Parteistellung	793
4.	Verfahrenshilfsverteidiger	796
5.	Beschwerdevorentscheidung	800
6.	Die mündliche Verhandlung	800
7.	Das Beweisverfahren	807
8.	Entscheidungsbefugnis	812
9.	Schutz gegen Säumnis des Verwaltungsgerichts	815
10.	Die Beschwerde beim Verwaltungsgericht gegen Säumnis der Verwaltungsstraßbehörde	818
11.	Form und Inhalt der Entscheidung des Verwaltungsgerichts	819
C.	Der Rechtsschutz innerhalb der Verwaltung	821
1.	Der Einspruch gegen Strafverfügungen	821
2.	Die Wiederaufnahme des Verfahrens	823
3.	Nichtigerklärung, Aufhebung und Abänderung rechtswidriger Bescheide von Amts wegen	824
VIII.	Die Vollstreckung von Strafbescheiden	826
A.	Allgemeines	826
B.	Die Vollstreckung von Freiheitsstrafen	827
1.	Einleitung des Vollzugs von Freiheitsstrafen	827
2.	Durchführung des Strafvollzugs von Freiheitsstrafen in verwaltungs- behördlichen Hafträumen	828
3.	Durchführung des Strafvollzugs von Freiheitsstrafen in gerichtlichen Gefangenhäusern oder Strafvollzugsanstalten (Justizanstalten)	829
4.	Die Unzulässigkeit und die Aussetzung des Vollzugs von Freiheitsstrafen	829
5.	Aufschub und Unterbrechung des Strafvollzugs	830
6.	Kosten des Vollzugs von Freiheitsstrafen	831
C.	Die Vollstreckung von Geldstrafen	831
1.	Die Vollstreckung nach dem VVG	831
2.	Der Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe	832
3.	Der Aufschub der Bezahlung; die Genehmigung von Teilzahlungen	833
IX.	Sonderbestimmungen für Jugendliche	834
X.	Die Kosten des Strafverfahrens und des Strafvollzugs	836
A.	Allgemeines	837
B.	Die Kosten des Strafverfahrens	837
1.	Die Kosten der Behörde (des Rechtsträgers)	837
a)	Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens	837
b)	Barauslagen	839
c)	Kommissionsgebühren	840
2.	Die Kosten der Beteiligten	840
C.	Kosten des Beschwerdeverfahrens in Verwaltungsstrafsachen	841
XI.	Die Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbußen im Rahmen der Europäischen Union (EU-Verwaltungsstrafvollsetzungsgesetz; EU-VStVG)	842
A.	Geltungsbereich	842
B.	Vollstreckung von Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten in Österreich	843
C.	Vollstreckung von österreichischen Entscheidungen in einem anderen Mitgliedstaat	845
D.	Verhältnis des EU-VStVG zu Vollstreckungsabkommen	847
E.	EU-VStVG und vorläufige Sicherheit	848
XII.	Das BG über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen	848

### Vierter Teil: Das Verwaltungsvollstreckungsgesetz

I. Allgemeines	849
II. Die sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsvollstreckungsbehörden – Die Organe der Vollstreckung	853
A. Allgemeines	853
B. Die Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörden	854
C. Die Zuständigkeit der Landespolizeidirektionen	855
D. Die Zuständigkeit der Gemeindebehörden	855
E. Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte zur Vollstreckung von Vollstreckungstiteln	856
F. Hilfsorgane der Vollstreckung	857
III. Das Vollstreckungsverfahren	858
A. Allgemeines	858
B. Das Vollstreckungsverfahren	859
C. Die Beschwerde gegen die Vollstreckungsverfügung beim Verwaltungsgericht	864
D. Sonstiges Rechtsschutzverfahren	866
IV. Die Vollstreckungsmittel	866
A. Allgemeines	866
B. Die Eintreibung von Geldleistungen	868
1. Allgemeines	868
2. Die Eintreibung von Geldleistungen durch die ordentlichen Gerichte	870
3. Die Eintreibung von Geldleistungen im Verwaltungsweg	872
C. Die Erzwingung vertretbarer Leistungen	873
D. Die Erzwingung von Duldungen, Unterlassungen und unvertretbaren Handlungen	877
E. Die Anwendung unmittelbaren Zwangs	881
V. Einstweilige Verfügungen	882
VI. Die Kosten der Vollstreckung	884

### Fünfter Teil: Das Verfahren vor dem VwGH

I. Übersicht über die Kompetenzen des VwGH	887
II. Das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	889
A. Das VwGG als Rechtsquelle des Verfahrensrechts	889
B. Die Parteien des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens und ihre Rechte	890
C. Einbringung der Schriftsätze, Eingabegebühr, elektronischer Rechts- verkehr, Formvorschriften für Erledigungen	892
D. Prozessvoraussetzungen im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	894
E. Das Revisionsverfahren	897
1. Legitimation zur Erhebung, Gegenstand und Prüfungsmaßstab der Revision	898
2. Fälle der Unzulässigkeit der Revision; ordentliche und außerordent- liche Revision	901
3. Die Parteien des Revisionsverfahrens	904
4. Inhalt der Revision und Frist zur Erhebung	904
5. Einbringung der Revision und aufschiebende Wirkung	908
6. Das Vorverfahren vor dem Verwaltungsgericht	911
7. Das Vorverfahren vor dem VwGH	912
8. Die Einstellung des Revisionsverfahrens durch den VwGH	914

9. Die mündliche Verhandlung im Revisionsverfahren . . . . .	915
10. Unterbrechungen des Revisionsverfahrens . . . . .	916
11. Prüfungsmaßstab und anzuwendende Sach- und Rechtslage im Revisionsverfahren . . . . .	917
12. Die inhaltliche Entscheidung des VwGH über die Revision (Das Erkenntnis) . . . . .	919
13. Die Rechtswirkungen des Erkenntnisses des VwGH . . . . .	922
F. Das Fristsetzungsverfahren . . . . .	923
1. Legitimation und Prozessvoraussetzungen . . . . .	923
2. Verfahrensablauf . . . . .	926
G. Das Verfahren betr Kompetenzkonflikte . . . . .	929
H. Das Verfahren über Anträge auf Feststellung der Rechtswidrigkeit . . . . .	930
I. Das Verfahren betreffend Datenschutzbeschwerden gegen den VwGH . . . . .	932
J. Die Kosten („Aufwand“) des Verwaltungsgerichtshofverfahrens . . . . .	932
K. Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme im Verwaltungsgerichtshof- verfahren . . . . .	934
<b>Sachregister . . . . .</b>	<b>939</b>